

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

2. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. April 2000, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Manfred Ritzek (CDU)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Dr. Bernd Rohwer, und des Amtschefs, Staatssekretär Uwe Mantik	4
2. Bericht des MWTV über die von der DB AG geplanten Streckenstilllegungen und deren Auswirkungen auf das bestehende und geplante Netz in Schleswig-Holstein	5
3. Bericht des MWTV über die Planungen zum „Multimedia-Campus“, insbesondere über die Zielsetzungen, die Bewerberlage und die Richtlinien der Vergabe	8
4. Verschiedenes - Sitzungsplan (3. Mai, 31. Mai, 28. Juni 2000)	10

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr,
Dr. Bernd Rohwer, und des Amtschefs, Staatssekretär Uwe Mantik**

M Dr. Rohwer und St Mantik stellen sich den Ausschussmitgliedern vor. - M Dr. Rohwer skizziert kurz Schwerpunkte der Aufgaben seines Hauses in dieser Legislaturperiode. Dabei bezeichnet er die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein, die Technologiepolitik sowie das mit anderen Ressorts der Landesregierung zu bearbeitende Thema der Qualifizierung als bleibende Hauptaufgaben. Bezüglich der Verkehrsinfrastruktur umreißt er die Aufgabe, Streckenabschnitte der A 20 in dieser Legislaturperiode nicht nur baureif zu haben, sondern auch in Baumaßnahmen umsetzen zu können, die Lücke auf der A 21 nicht nur planerisch zu schließen sowie die Fehmarn-Belt-Querung soweit zu befördern, dass möglichst noch in 2000 eine Grundsatzentscheidung fallen könne mit der Folge, dann die weiteren Planungen in Angriff nehmen zu können. Des Weiteren nennt er die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck, die Engpassbeseitigung Pinneberg/Elmshorn. Bezüglich der Technologiepolitik sieht M Dr. Rohwer Chancen durch die neuen Medien, in der Internetwirtschaft sowie im Bereich der Biotechnologie.

Für die CDU-Fraktion weist Abg. Eichelberg auf die von ihm darüber hinaus gesehenen Schwerpunkte bei der A 7 und der Frage von Ortsumgehungen hin. Auch die weitere Entwicklung des Gewerbeparks Lübeck-Blankensee sowie des Ausbaus des dortigen Flughafens gehörten für die CDU zur Akzentsetzung. - Abg. Müller hebt für seine Fraktion die große Bedeutung der Technologiepolitik in den kommenden fünf Jahren hervor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des MWTV über die von der DB AG geplanten Streckenstilllegungen und deren Auswirkungen auf das bestehende und geplante Netz in Schleswig-Holstein

M Dr. Rohwer erklärt einleitend, dass sich das Land gegenüber der Bahn auf mehrere Probleme zubewege, von denen drei einer vordringlichen Behandlung und Lösung zuzuführen seien. Noch immer ungelöst sei, wie die DB Netz dazu bewogen werden könne, ihre Trassen, für die sie de facto ein Monopol habe, zu wettbewerbsfähigen Bedingungen an Wettbewerber zu vergeben. Auf der letzten Verkehrsministerkonferenz sei erörtert worden, wie hier durch welche Art von Regulierungsbehörde möglicherweise mehr Wettbewerb geschaffen werden könne. Drei Varianten stünden diesbezüglich zur Diskussion, nämlich das Eisenbahnbundesamt, ein eigenständiges Regulierungsamt - wie bei der Telekommunikation - oder das Bundeskartellamt mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Das zweite große Problem sei mit der Ankündigung der Bahn verbunden, den Fernverkehr von heute 160 Millionen Zugkilometern auf etwa 120 Millionen Zugkilometer drastisch zu reduzieren. Für Schleswig-Holstein betreffe das die Frage der InterRegios, aber auch die Möglichkeit, dass die Bahn ICE-Verbindungen überprüfe. Hierzu habe das Land Schleswig-Holstein allerdings die rigorose Position, dass es nicht sein könne, dass nur noch Metropolen verbunden würden und die Fernverbindungen im Wesentlichen in Hamburg aufhörten. Eine erste Gesprächsrunde zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG, Herrn Mehdorn, und den Länderverkehrsministern habe gezeigt, dass Herr Mehdorn, der sich diesbezüglich missverstanden fühle, gesprächsbereit sei. Er habe angekündigt, dass er mit Sicherheit kein Konzept entwickeln werde, nach dem die Verbindungen in Hamburg aufhörten, und dass keine Maßnahme umgesetzt werde, bevor sie nicht mit den Ländern besprochen worden sei.

Als dritten Punkt nennt M Dr. Rohwer sodann Überlegungen der DB AG, das gesamtdeutsche Netz in Regionalnetze aufzuteilen. Für Schleswig-Holstein könne dies die Bildung eines Nord-Ostsee-Netzes von etwa sieben Strecken bedeuten. Der zweite Grundgedanke in diesem Zusammenhang sei, durch einen stark regionalisierten Betrieb dieser Strecken - dabei gehe es im Wesentlichen um die Unterhaltung - könnten sogar Synergieeffekte erzielt werden. Dieser Grundgedanke, den er, M Dr. Rohwer, nicht für falsch halte, setze aber voraus, dass die Überführung dieser Trassen in Regionalnetze kostenneutral erfolgen müsse in dem Sinne, dass die Mittel, die die DB Netz zurzeit zur Unterhaltung dieser Trassen bei Zuschussgewährung des Bundes aufwende, auf eine neue Organisationsform übertragen würden und dass sich die

Strecken dann, wenn sie übertragen würden, in einem hundertprozentig guten Zustand befänden. Neben der so beschriebenen Kostenneutralität müsse die Übertragung - zweitens - wettbewerbsneutral erfolgen. Bei den genannten sieben Strecken handele es sich um Neumünster - Heide, Heide - Büsum, Kiel - Österrönfeld, Jübeck - Husum, Husum - St.-Peter-Ording, Bad Segeberg - Bad Oldesloe und Flensburg - Kiel.

Zusammenfassend erklärt M Dr. Rohwer, dass alle drei Problembereiche im Kontext gesehen werden müssten, dass aber in jedem Teil auch Chancen enthalten seien, die man auch gern für Schleswig-Holstein nutzen wolle. Ein Gesamtkonzept gebe es noch nicht, weil man auch noch nicht alle Informationen habe. Das, was er, M Dr. Rohwer, berichtet habe, beruhe auch auf Pressemeldungen und auf den bisher mit Herrn Mehdorn geführten Gesprächen. In einem mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der DB Regio geführten Gespräch habe man insofern Einigkeit erzielt, als die von Schleswig-Holstein skizzierten Probleme als solche akzeptiert worden seien und gemeinsame Besprechungen in den nächsten Wochen zugesichert worden seien. Darüber hinaus werde der Vorstandsvorsitzende der DB AG im Mai in Schleswig-Holstein sein und auch diese Gelegenheit werde die Landesregierung zur Klärung von Fragen und Lösungen in ihrem Sinne nutzen.

In der folgenden Aussprache vertiefen die Ausschussmitglieder Einzelheiten der von M Dr. Rohwer genannten Stichpunkte. Darüber hinaus führt M Dr. Rohwer im Einzelnen aus, dass es richtig sei, dass in der Vergangenheit bei der Bahnreform keine Modelle geschaffen worden seien, bei denen im Wettbewerb zentrale und dezentrale Betriebsformen im Mixtum auftreten könnten. Hier habe man ein Effizienzproblem zu lösen und überlege deshalb die Möglichkeiten einer Abkehr von dem alten Betreibermodell, indem auch nicht bahngeführte regionale Betriebsgesellschaften zugelassen werden sollten. In einem Gesamtkonzept könne er sich persönlich durchaus auch die Regionalisierung von Bahnhöfen vorstellen. Völlig richtig sei es - so wiederholt M Dr. Rohwer an dieser Stelle -, alles zu versuchen, die Fernverbindungen nach Schleswig-Holstein unbedingt zu erhalten. Dabei müsse man die Bahn dazu bringen, diese Linien als auch für ihre Kunden wichtig zu akzeptieren und fortzuführen. Die Frage der Neufinanzierung des Fernverkehrs und des Nahverkehrs bedinge die Offenlegung aller Kosten und aller Leistungen, die der Bund gegenüber der Bahn aufbringe. Richtig sei auch, dass die Trassenpreise im internationalen Wettbewerb zu hoch seien. Dies hänge damit zusammen, dass die öffentliche Hand bisher nicht zu einer stärkeren Subventionierung der Trassenpreise bereit gewesen sei. Auch stimme er mit der Meinung überein, dass eine eventuelle Verlagerung von Betriebsaufgaben von der Bahn auf eine regionale Gesellschaft sorgfältig im Blick auf mögliche Ineffizienz durch Verwaltungstätigkeit geprüft werden müsse. Die Möglichkeit einer Entlastung des Hauptgleises Flensburg - Hamburg durch eine Entlastungsbahn von Neumünster über Bad Segeberg und Bad Oldesloe nach Hamburg, die zurzeit von der Bahn geprüft werde,

sehe er, M Dr. Rohwer, skeptisch. Zurzeit laufe durch die Bahn die Prüfung auf technische Machbarkeit, finanzielle Auswirkungen und die Wirtschaftlichkeit der Strecke in diesem Bereich. Da diese Entlastungsbahn nur bei einem zweigleisigen Ausbau funktionieren könne, seien hier riesige Investitionskosten sowie auch große ökologische Probleme bei einer Realisierung ins Kalkül zu ziehen.

Fragen im Zusammenhang mit dem Schienengüterverkehr stehen zum Abschluss der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt im Mittelpunkt. AL Dr. Eggers bestätigt, dass die DB Cargo angesichts erheblicher Verluste das Sorgenkind der DB AG sei. Dies werde in Zukunft sicherlich dazu führen, dass sich die DB Cargo stärker auf ihr Kerngeschäft und weniger auf Streuverkehre konzentrieren werde. Hier liege auch eine Chance für regionale Güterverkehrsunternehmen, die stärker auf die Schiene gehen könnten. Die rechtlichen Möglichkeiten dazu seien gegeben. In der Praxis habe es jedoch in der Vergangenheit leider immer noch Probleme bezüglich der Bereitstellung von Schienentrassen gegeben. Letztlich müsse man aber sagen, dass regionale Güterverkehrsunternehmen auch den Mut haben müssten, entsprechende Angebote zustande zu bringen und auch durchzusetzen. Auf der Schienenstrecke Brunsbüttel - Hamburg sei bereits ein Zubringerverkehr für Hamburg erfolgreich realisiert worden.

Weil die Situation des Schienengüterverkehrs auch mit dem Trassenpreissystem zusammenhängt, verweist M Dr. Rohwer abschließend auf die zurzeit arbeitende Pällmann-Kommission zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung, die bis zum Frühsommer d. J. ihre Ergebnisse vorlegen werde. Diese Kommission werde - das wisse man auch dem vorliegenden Zwischenergebnis - eine Straßenbenutzungsgebühr für LKW vorschlagen, was im Blick auf Schiene und Straße zu einem veränderten Anlastungsverhältnis führen werde. Herr Pällmann selbst schlage vor, das Mehraufkommen, das dadurch erreicht werde, auch der Schiene zukommen zu lassen, und zwar möglicherweise dadurch, dass man damit im Bundeshaushalt den Zuschuss für die Schiene erhöhe. - M Dr. Rohwer bietet eine weitere Behandlung der Ergebnisse der Pällmann-Kommission zu gegebener Zeit im Ausschuss an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des MWTV über die Planungen zum „Multimedia-Campus“, insbesondere über die Zielsetzungen, die Bewerberlage und die Richtlinien der Vergabe

M Dr. Rohwer nennt einleitend die Eckpunkte des Multi Media-Campus Schleswig-Holstein. Es solle ein Schwerpunktfach e-business für grundständige Studien eingerichtet werden, um das Know-how für VWL-, Informatik- und BWL-Absolventen zu erhöhen. Es sei aber auch ein Aufbaustudium von 18 Monaten vorgesehen. Ergänzend könne es Weiterbildungsmodule geben etwa in Form einer Summer-School oder einer Wochenend- oder Abendschule. Drittens wolle man ein Zentrum für anwendungsorientierte Forschung in diesem Bereich um den Campus herum errichten, und zwar möglichst in Anbindung an dort schon vorhandene Unternehmen. Zu diesem letzten Punkt gehöre auch die Installierung eines Gründerzentrums auf dem oder um den Campus herum, in dem Neugründern aus den Forschungseinrichtungen des Campus selbst oder aus den umliegenden Hochschuleinrichtungen ein Platz angeboten werden solle. Der vom MWTV in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie sind weitere Einzelheiten des Curriculums zu entnehmen.

M Dr. Rohwer fährt fort, die Landesregierung habe den Plan, einen Multimedia-Campus Schleswig-Holstein errichten zu wollen, öffentlich gemacht und habe die Regionen aufgefordert, sich bei Interesse mit einem eigenen Konzept zu bewerben. Voraussetzung dabei sei gewesen, dass sich die Regionen zumindest in groben Punkten an dieser Machbarkeitsstudie und den darin beschriebenen Zielen orientieren sollten, aber man habe auch immer gesagt, dass das Land Modifizierungen offen gegenüber sei, die Einbindung der Institutionen und auch der privaten Unternehmen in der jeweiligen Region dabei jedoch gern gesehen würde. Es solle ein partnerschaftliches Konzept zwischen der Wirtschaft vor Ort, der Stadt oder der Gemeinde und dem Land sichergestellt sein.

Das Ergebnis sei, dass es Zusagen einer Reihe von sehr interessanten Sponsoren für dieses Projekt gebe, von denen - dies könne hier gesagt werden, weil es bereits öffentlich bekannt gegeben worden sei - der größte Sponsor MobilCom sei. Bewerber seien - so nach dem zeitlichen Eingang der Bewerbungen - Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Büdelsdorf und Itzehoe. Die Landesregierung habe einen neutralen Gutachter beauftragt, diese Konzepte zwar nicht insgesamt für das Land zu beurteilen, aber nach der Standortqualität.

Der Zeitplan sehe vor, dass man möglichst im Juni zu einer Grundsatzentscheidung über die Ausgestaltung des Campus und über den Standort kommen könne. Damit sei auch eine erste grobe Finanzierungsrechnung verbunden. Die Finanzierung solle eine PPP in dem Sinne sein, dass man für die Weiterbildungskomponente insbesondere Fördermittel aus europäischen Programmen verwenden könne; auch das Regionalprogramm könne für bestimmte Komponenten verwendet werden. Der eigentliche Lehrbetrieb solle im Wesentlichen aus Sponsorenmitteln finanziert werden.

Auf in der folgenden Aussprache aufgeworfene Fragen erwidert M Dr. Rohwer, dass die Kriterien für die Bewertung der Standortqualität noch nicht endgültig festgelegt seien; diese würden im Augenblick mit dem Gutachter abgestimmt. Die Idee des Campus sei durchaus strukturpolitischer Art, aber nicht regionalpolitischer. Die Frage des Standorts müsse allein danach entschieden werden, an welchem Standort die größtmöglichen strukturpolitischen Effekte für Schleswig-Holstein insgesamt erzielt werden könnten. Voraussetzung für die Zustimmung zu dem Konzept sei, dass es keine PPP in dem Sinne sei, dass zum Beispiel das Land, die Kommune, Hochschulen sowie ein Unternehmen wie MobilCom den Campus betrieben, sondern man habe immer gesagt, ein Förderkreis solle den Campus begleiten, in dem jeder dabei sein könne, der mitmachen wolle. Es solle möglich sein, dass ein Unternehmen zum Beispiel zwei oder drei Partnerschaften für Studierende übernehme, die auf dem Campus studieren könnten und anschließend in das Unternehmen zurückgingen. In einem solchen Fall müsse der Typus des Unternehmens, das das mache, an der Trägerschaft beteiligt sein. Der Förderkreis, der den Campus begleiten solle, in dem grundsätzliche Dinge besprochen werden sollten, der auch Eckwerte vorgeben solle, sollte ein Mixtum von kleineren und größeren Unternehmen der Multimedia-Branche sein. Aus heutiger Sicht sei nicht beabsichtigt, dass das Land selbst eine Trägerschaft übernehme, aber das sei auch nicht ganz auszuschließen, wenn sich das Konzept zum Beispiel durch gleitende Prozesse in eine Entwicklung bewege, die man eigentlich nicht wolle. Essentials seien, dass der Campus weder ein normales Hochschulinstitut sein solle noch - überspitzt formuliert - von einem Großsponsor als „Zulieferbetrieb“ gehalten werden solle.

Die Machbarkeitsstudie zum geplanten Multimedia-Campus Schleswig-Holstein wird den Ausschussmitgliedern zugeleitet werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder stimmen den vorgeschlagenen Sitzungsterminen bis zur Sommerpause 3. Mai, 31. Mai und 28. Juni 2000 zu. Die Sitzungen werden jeweils um 10:00 Uhr beginnen. Die für den 3. Mai vorgesehene Sitzung soll auf Vorschlag der Vorsitzenden in den Räumen des MWTV stattfinden.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Strauß
Vorsitzende

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer